



## Terror im Namen der Befreiung RAF und Rote Brigaden

**DIE 1970ER-JAHRE** standen im Zeichen des Linksterrorismus in zwei jungen Demokratien Nachkriegseuropas: in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien. Linke Politdeserteure und irrlichternde Idealisten glaubten, die Gesellschaftssysteme durch Waffengewalt erschüttern und eine revolutionäre Stimmung in der Bevölkerung hervorzurufen zu können. Die deutsche »Rote Armee Fraktion« (RAF) und die italienischen »Roten Brigaden« glichen sich in Methodik und Zielsetzung sehr, es gab aber auch unverkennbare Unterschiede. Tatsächlich änderten sich in der Bundesrepublik und in Italien in der »bleiernen Zeit« Staat und Gesellschaft – jedoch anders, als die linken Terroristen gehofft hatten.

**I**m Jahr 1977 erreichte der RAF-Terror in Deutschland seinen Höhepunkt: Am 7. April wurden der Generalbundesanwalt Siegfried Buback und sein Begleitschutz auf offener Straße erschossen, am 30. Juli der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, in seiner Wohnung ermordet. Am 5. September 1977 wurde der deutsche Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer entführt, um politische Gesinnungsgenossen aus der Haft freizupressen. Doch die Bundesregierung blieb hart, auch als palästinensische Terroristen aus Solidarität mit ihren deutschen Genossen am 13. Oktober ein Flugzeug mit Urlaubern kaperten. Dann überschlugen sich die Ereignisse im »Deutschen Herbst«: Am 18. Oktober gelang einer deutschen Spezialeinheit spektakulär die Rettung aller Geiseln, nur Stunden später begingen die einsetzenden Terroristen Selbstmord, am 30. Oktober wurde Schleyer erschossen im Kofferraum eines Pkw aufgefunden.

In Italien gelang dem Linksterrorismus ein halbes Jahr später sein spektakulärster Coup: Am 16. März 1978 entführten Terroristen den Ex-Ministerpräsidenten Aldo Moro auf dem Weg ins Parlament. 55 Tage später wurde die Leiche des ermordeten Christdemokraten aufgefunden.

### Zerreißprobe für den Verfassungsstaat

Italien und Deutschland standen urplötzlich vor einer neuen Herausforderung: Zwei politische Cliquen hatten im Namen der Befreiung der Unterdrückten beiden Staaten offen den Krieg erklärt. Sie griffen hochrangige Persönlichkeiten des politischen



schafflichen Lebens an und wollten durch kalkulierte Provokation eines Gegenschlags der öffentlichen Seite den repressiven bzw. faschistischen Charakter des Staates »entlarven«, um eine revolutionäre Eigendynamik in der Bevölkerung in Gang zu setzen.

Doch die Terroristen lagen falsch – der deutsche Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll sprach zuspitzend und prägnant von einem »Krieg von Sechs gegen 60 Millionen«, was zumindest die deutschen Verhältnisse tendenziell widerspiegelte. Die verbrecherischen Taten brachten in beiden Ländern die breite

Bevölkerung vielmehr stärker denn je auf den Kurs der Regierung, die vor dem Dilemma stand, einerseits entschlossen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Gewalttätern entgegenzutreten, ohne andererseits den rechtsstaatlichen Rahmen zu verlassen, um die eigene liberaldemokratische Legitimität zu bewahren. Im Ergebnis sind beide Staaten im Innern wohl gestärkt aus der Krise hervorgegangen und eher demokratischer, liberaler geworden – jedenfalls im Vergleich zu der Zeit, in der die Wurzeln jener linksterroristischen Gruppen zu suchen sind: den 1960er-Jahren.



SEIT 31 TAGEN  
GEFANGENER



### Von der Stadtguerilla zur Roten Armee Fraktion

Die Rote Armee Fraktion entstand Anfang der 1970er-Jahre aus den radikalen Ausläufern der politischen Studentenbewegung. Der Vietnamkrieg, die Verdrängung der NS-Vergangenheit und eine allgemeine gesellschaftspolitische Erstarrung hatten in der BRD ab Mitte der 1960er-Jahre vor allem im akademischen Bürgertum zur Herausbildung einer starken gesellschaftskritischen Strömung geführt, mit der das autoritär geprägte Establishment nicht konstruktiv umgehen konnte. Nach dem gewaltsamen Tod des Studenten Benno Ohnesorg im Zuge der Anti-Schah-Demonstration am 2. Juni 1967 sowie dem Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke 1968 glaubten sich versprengte Teile der radikalen Linken in einer »präfaschistischen Situation«.

Die »Baader-Meinhof-Gruppe« um den Rechtsanwalt Horst Mahler, die Journalistin Ulrike Meinhof und die Studenten Gudrun Ensslin und Andreas Baader ging daraufhin in den Untergrund, um als »Stadtguerilla« gegen das politische System zu kämpfen. Nach einer kurzen militärischen Ausbildung in einem Palästinensercamp im Nahen Osten 1970 trat die »Rote Armee Fraktion«, wie sich die Kämpfer nun nannten, durch Brand- und Sprengstoffanschläge sowie Banküberfälle in Erscheinung, bis die Mitglieder in einer konzertierten Aktion im Juni 1972 festgenommen wurden; ab 1975 wurde ihnen in Stuttgart-Stammheim der Prozess gemacht. Der nachfolgenden »Generation« der RAF ging es bei ihren Gewaltakten letztlich nur darum, die inhaftierten Mitglieder zu befreien, wobei der »Deutsche Herbst« des Jahres 1977 den dramatischen Höhepunkt bildete.

Ironischerweise fielen die Aktionen der Linksterroristen in eine Phase der gesellschaftlichen Öffnung: Erstmals stellte die Sozialdemokratie den Bundeskanzler. Obwohl mit dem Anspruch regierend, Staat und Gesellschaft zu liberalisieren und zu modernisieren, mussten die Sozialdemokraten nun, nicht zuletzt unter dem Druck der konservativen Opposition, Stärke demonstrieren: Die Straf-

verfolgungsbehörden des Bundes und der Länder wurden personell

stark ausgebaut, das Bundeskriminalamt mit besonderen Kompetenzen ausgestattet. Dazu wurden systematisch das Straf- und Prozessrecht verschärft, dabei teilweise auch verbriefte Grundrechte wie das Post- und das Fernmeldegeheimnis eingeschränkt, was teilweise öffentliche Diskussionen auslöste. Auch wenn der Rechtsstaat »bis an die Grenzen« dessen ging, was einem »Rechtsstaat« erlaubt und geboten ist«, wie der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt formulierte, blieb die innere Liberalität des Staates letztlich ungetastet. Extreme Forderungen wie die nach Einführung der Todesstrafe oder nach Einsatz der Armee wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch begann nach dem Abebben der großen Terrorwelle von 1977 in Staat und Gesellschaft eine vorsichtige Selbstreflexion über die eigene Verantwortlichkeit für den Auslöser der Terrororgane und über die Kompetenzfülle der Sicherheitsorgane.

### Rote Brigaden und die italienischen Verhältnisse

In Italien stellte sich die Situation in vielerlei Hinsicht anders dar. Das betraf schon allein die quantitative Dimension des Terrorismus. Die terroristische Bedrohung war in Italien größer als in Deutschland, da sie auch von rechts kam. Insgesamt wurde Italien zwischen 1969 und 1982 von mehr als 8800 Anschlägen erschüttert, bei denen 351 Tote und fast 800 Verletzte zu beklagen waren. Vergleich: In Deutschland starben in den 1970er- und 1980er Jahren 67 Menschen infolge von Terroranschlägen.

Die Unterschiede zwischen beiden Terrororganisationen waren auch durch die unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen nördlich und südlich der Alpen bedingt. Dabei orientierten sich die 1970 in Mailand gegründeten »Roten Brigaden« ideologisch durchaus an ihren deutschen Genossen: Beide Gruppen wollten mit Personen- und Sachanschlägen den Staat destabilisieren und delegitimieren. Doch konnten sich die militanten Aktivisten in Italien gerade in der Anfangszeit weit mehr als in Deutschland teilweise Unterstützung aus den Kreisen der Arbeiterschaft verschaffen, zumal sie selbst häufiger als ihre vorwiegend akademischen Genossen in Deutschland Arbeiter waren. Überdies gründeten die »Roten Brigaden« auch als Reaktion auf rechtsextremes Verhalten, wodurch sie lange Zeit innerhalb der starken politischen Linken in Italien lediglich als radikaler Ausdruck eines legitimen Widerstandsstrebens gesehen werden konnten.



1977 entführten palästinensische Terroristen die Lufthansa-Maschine »Landesfliegerhut« und forderten die Freilassung inhaftierter RAF-Mitglieder.



Prozess gegen die »Roten Brigaden« 1978 in Mailand: Insgesamt wurde zwischen 1969 und 1989 gegen 1337 mutmaßliche Mitglieder ermittelt – zuletzt 2007.

So dauerte es in Italien – wo die gewaltsame Durchsetzung von Interessen durch die Mafia ohnehin eine gewisse Art von Tradition hatte – deutlich länger, bis der Terrorismus als eine eigenständige Bedrohung jenseits der gewöhnlichen Kriminalität wahrgenommen wurde. Erst ab 1977 wurden gezielte Anti-Terrorismus-Maßnahmen eingeleitet, die unter dem Eindruck der Ereignisse zunächst, wie in Deutschland, vor allem repressiv ausgelegt waren: Verschärfung des Strafrechts, Aufrüstung von Polizei und Geheimdienst usw. Doch früher als in Deutschland versuchte man besonders durch die Verabschiedung der Kronzeugenregelung im Jahr 1982 auch Anreize zu schaffen, damit Terroristen mit den Behörden kooperierten. Diese Politik der Deeskalation erreichte ihren Höhepunkt allerdings erst 1987, also zu einer Zeit, als der Linksterrorismus in beiden Ländern keine Rolle mehr spielte.

### **Moralisch-ideologischer Bankrott**

Letztlich blieb der Linksterrorismus in beiden Ländern eine schmerzliche, aber kurze Episode. Nach seinem Höhepunkt in den Jahren 1977 und 1978 – wobei die medial inszenierte Hysterie die reale Bedrohung immer überzeichnete – ebte er merklich ab. In Deutschland begann eine schier endlose Agonie der RAF, die in den 1980er-Jahren noch eine Reihe von Anschlägen verübte – darunter insbesondere das tödliche Bombenattentat auf den Deutsche-Bank-Chef Alfred Herrhausen am 20. November 1989 –, aber keinerlei gesellschaftlichen Resonanzboden mehr fand. Die

Taten der »dritten Generation« erschienen trotz wirrer politischer Esoterik jetzt als das, was RAF-Attentate im Kern schon immer waren: als willkürliche Morde an einzelnen Menschen – ein moralisch verwerflicher und letztlich auch völlig unpolitischer Akt.

Als sich die nationale und weltpolitische Gemengelage längst grundlegend geändert hatte und die RAF nur noch im Zusammenhang mit Fragen der Begnadigung von Häftlingen eine politisch-mediale Rolle spielte, ging am 20. April 1998 ihre Auflösungserklärung ein. »Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte«, hieß es dort am Anfang, um sich in der Folge selbst als politische Avantgarde zu historisieren und damit das eigenen Scheitern moralisch zu überhöhen: »Wir haben die Konfrontation gegen die Macht gewollt. Wir sind Subjekt gewesen, uns vor 27 Jahren für die RAF zu entscheiden. Wir sind Subjekt geblieben, sie heute in die Geschichte zu entlassen«, war dort in der hybriden Rhetorik der Bekenner-schreiben, die sich selbst zum objektiven Weltgeist stilisieren, zu lesen. Dabei waren nach den Selbstmorden der RAF-Gründer in Stammheim 1976/1977 die Aktivisten der nächsten Generationen in der Mehrzahl keine Subjekte, sondern gesichtslose Phantome. Viele Tatvorgänge, gerade bei den letzten Anschlägen, sind bis heute völlig ungeklärt. Von der dritten Generation sind, wenn überhaupt, nur Namen bekannt. Welche Rolle die Einzelnen spielten und wo sie heute sind, weiß keiner. Die RAF scheint spurlos vom Erdboden verschwunden zu sein, als ob es sie nie gegeben hätte. Alles, was sie hinterlassen hat, sind Gräber und Trauernde.